

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

Zu TOP 4 (neu) unter Zuladung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe
--

73. Sitzung
7. September 2026

Beginn: 09.37 Uhr
Schluss: 12.30 Uhr
Vorsitz: Franziska Brychcy (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 19/3304

[0210](#)

WissForsch

**Agitprop für oder gegen einzelne politische Parteien
an Hochschulen beenden und parteipolitische
Neutralität an Hochschulen wiederherstellen –
Hochschulneutralitäts- und Freiheitsgesetz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Wir setzen fort mit

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Von der Forschung in die Anwendung – Umsetzung
der Deep Tech Berlin Agenda und der Berlin
Transfer Bridge**

[0212](#)

WissForsch

(auf Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Anhörung

Zu dem Besprechungspunkt führen wir eine Anhörung durch, und ich möchte herzlich auch die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe begrüßen. Für die Senatsverwaltung begrüße ich Frau Dr. Jane Ulle von der Leitung des Referats Industrie und Innovation. Herzlich willkommen im Ausschuss! Als Anzuhörende möchte ich begrüßen: Herrn Dr. Thorben Gottschalk, Bereichsleiter Wirtschaft und Politik der Industrie- und Handelskammer zu Berlin – IHK Berlin –, Frau Laura Möller, CEO von JUNI, und Herrn Victor Wichmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Innovation Policies & Research der Technologiestiftung Berlin. Ihnen ein herzliches Willkommen! Ich stelle fest, dass Sie mit dem Vorgehen, insbesondere mit den Liveübertragungen und Bild- und Tonaufnahmen sowie der anschließenden Veröffentlichung, einverstanden sind. – Vielen herzlichen Dank!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Das ist der Fall. Vielen Dank! – Möchte eine Vertreterin oder ein Vertreter der Koalitionsfraktionen den Besprechungspunkt begründen? – Frau Brauner!

Kerstin Brauner (CDU): Ich begründe sehr gerne. – Wir freuen uns, dass wir uns heute mit dem Thema Deep Tech Berlin Agenda – DTBA – befassen. Mit der Agenda soll Berlin als führender Deeptech-Standort in Europa fester etabliert werden. Berlin soll seine wissenschaftlichen, technologischen und unternehmerischen Stärken gezielt nutzen, um technologische Durchbrüche wirkungsorientiert in Anwendung zu bringen. Dabei ist uns insbesondere der Transfer von Forschung in die Wirtschaft, in die Erstanwendung sehr wichtig, dass die guten Ideen, die an den Universitäten entwickelt werden, umgesetzt werden und wirtschaftliche Stärke entfalten können. Dementsprechend freuen wir uns sehr auf die heutige Anhörung.

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Dann kommen wir auch direkt zur Anhörung. Wenn Sie sich nicht anders geeinigt haben, würden wir einfach alphabetisch vorgehen. Sie haben circa fünf Minuten Zeit für Ihr Eingangsstatement, dann folgt die Runde der Abgeordneten mit ihren Fragen, die Sie sich gern notieren dürfen. Anschließend haben Sie die Gelegenheit, im Zusammenhang auf die gestellten Fragen einzugehen. Wir beginnen mit Herrn Gottschalk. – Sie haben das Wort!

Dr. Thorben Gottschalk (IHK Berlin): Ganz herzlichen Dank! – Frau Vorsitzende! Frau Senatorin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Transfer ist ein zentraler Schlüssel für den Innovations- und Wirtschaftsstandort Berlin, und die Ausgangslage für Transfer ist auch grundsätzlich gut. Wir haben auf der einen Seite die starken Hochschulen und Verbünde wie BUA und IFAF, die Plattform Science & Startups, wir haben Initiativen wie JUNI, BR50 oder auch zum Beispiel das innovate! lab. Auf der anderen Seite haben wir eine starke Wirtschaft, innovative Start-ups, etablierte Unternehmen, die neue Technologien in die Anwendung bringen können, und natürlich viele kleine und mittlere Unternehmen mit ganz konkreten Innovationsbedarfen. Das alles ist ein enormes Potenzial, das es jetzt aber zusammenzubringen und noch besser zu heben gilt. Deshalb finde ich es sehr gut, dass wir heute über die Deep Tech Agenda und auch die Transfer Bridge sprechen.

Wir sollten zugleich noch die Forschungspolitische Strategie mitdenken, denn diese drei Dokumente muss man im Zusammenhang sehen. Es geht darum: Was sind die Forschungsfelder? Wo wollen wir weiter forschen? Wo wollen wir etwas in Anwendung bringen? Wie kriegen wir die Brücke dazu hin? In diesem Dreiklang muss man das Ganze im Grunde denken. In jedem einzelnen Dokument steht inhaltlich viel Gutes drin. Was wichtig ist, ist die Umsetzung, und dass man es gemeinsam denkt. Das heißt, wir brauchen jetzt klare Verantwortlichkeiten, wir brauchen Meilensteine und Ressourcen und natürlich ein verbindliches Monitoring, das ist ganz wichtig, denn am Ende muss klar sein, ob der Transfer dann wirklich besser funktioniert.

Ich würde Ihnen gerne heute im Rahmen meiner Stellungnahme vier Punkte mitgeben, die uns für den Transfer besonders wichtig sind. Das eine ist, dass wir den Transfer im Hochschulbereich stärker voranbringen können, Transfer also endlich als gleichberechtigte dritte Säule neben Forschung und Lehre in die Hochschulverträge aufnehmen. Das ist etwas, was wir als IHK Berlin seit vielen Jahren fordern. Ich würde es wirklich sehr begrüßen, wenn wir jetzt an den Punkt kommen, wo wir das dann gemeinsam umsetzen können.

Noch zum Hochschultransfer: Wir müssen Transfer auch besser messbar machen. Dafür brauchen wir klare und schlanke Transferindikatoren. Diese Indikatoren sollten wir schnellstmöglich testen, spätestens in der zweiten Jahreshälfte im nächsten Jahr, gerne an einer Uni und einer HAW. Dort gibt es ja verschiedene Profile, deswegen müssen wir es an beiden testen. Dann könnten wir sie nämlich 2029 mit den neuen Hochschulverträgen endlich verbindlich aufnehmen. Ganz wichtig: Guter Transfer muss sich auch finanziell lohnen. Wer guten Transfer macht, soll dafür auch gutes Geld bekommen, ein bisschen salopp gesagt. Das heißt: Es braucht eine Grundfinanzierung, aber auch darüber hinaus, zum Beispiel über den Transferfonds, dass man das finanziell anreizt.

Mein zweiter Punkt: Wir müssen Transfer für Unternehmen einfacher machen. Knapp 61 Prozent der Unternehmen haben in unserer IHK-Sommerumfrage, die jetzt ganz aktuell gemacht wurde, angegeben: Ich kenne die hochschulischen Transferanlaufstellen nicht. – 61 Prozent kennen sie nicht. Umso wichtiger ist es, dass wir da mehr Klarheit und Transparenz hineinbringen. Ich möchte einen Punkt erwähnen, nämlich das KMU-Büro, das als Modellprojekt an der HTW getestet wurde. Unsere Umfrage zeigt im Vergleich zu anderen Transferanlaufstellen, dass dieses KMU-Büro schon relativ bekannt ist, und insofern sollten wir durchaus auch weiter darauf setzen.

Die Zahlen aus dem KMU-Büro selbst zeigen aber auch, dass der aufsuchende Charakter noch viel konsequenter gelebt werden muss. Was heißt das konkret? – Das KMU-Büro muss aktiver auf die Unternehmen zugehen. Es reicht nicht zu sagen: Hier bin ich, kommt mal her, dann kriegt ihr Informationen. – An die Unternehmen rangehen, zu den Leuten hingehen, das muss noch viel konsequenter gelebt werden. Wir würden uns wünschen, dass unter dem IFAF-Dach der Ansatz des KMU-Büros in diesem aufsuchenden Charakter fortgeführt und noch weiter gestärkt wird.

Mein dritter Punkt ist im Grunde schnell gemacht: Wir brauchen beim Transfer eine politische Steuerung aus einem Guss. Das heißt, Wirtschaft und Wissenschaft gehören für uns in ein gemeinsames Ressort, und zwar mit einem Staatssekretär speziell für Innovation und Transfer. Wir haben dann nicht das Problem, dass die Häuser vielleicht gegeneinander arbeiten und ihre eigenen Logiken haben, sondern das wird im Haus selbst über einen Staatssekretär geeint, und dann können wir, glaube ich, einen ganz großen Punkt für den Transfer machen.

Bei meinem vierten und letzten Punkt ist das Land Berlin konkret aufgerufen: Das Land Berlin muss innovative Lösungen viel häufiger selbst ausprobieren und nutzen, denn gerade Start-ups und KMU brauchen erste Kunden und Referenzen, um in den Markt zu kommen, um ihre Produkte in den Markt zu bringen. Was wir dafür brauchen, sind Innovationsklauseln in der öffentlichen Beschaffung. Hamburg und Baden-Württemberg machen das übrigens vor, das kann man sich anschauen, und das kann man gut übernehmen. Hamburg hat zudem mit GovTechHH eine Stelle geschaffen, die innovative Unternehmen mit der Verwaltung zusammenbringt; die ist extra dafür da. Eine solche Rolle könnten wir uns als IHK, wenn ich jetzt einmal in Richtung Technologiestiftung schaue, zum Beispiel gut für das CityLAB vorstellen, also dass dort im Grunde so eine Lotsenfunktion übernommen wird.

Ich komme damit auch schon zum Schluss. Wir haben mit der Deep Tech Agenda, der Transfer Bridge und der Forschungspolitischen Strategie eine gute Grundlage. Diese Ansätze müssen zusammenwirken. Die Umsetzung gehört dabei ganz oben auf die Agenda. Wenn es uns überdies gelingt, Transfer als dritte Säule in die Hochschulverträge aufzunehmen, Transfer messbar zu machen und finanziell anzureizen, wenn wir darüber hinaus Transfer gerade für die Unternehmen einfacher organisieren, und wenn wir zu guter Letzt klare Zuständigkeiten, konkrete Meilensteine und verlässliche Ressourcen einziehen, dann bin ich überzeugt, dass wir aus Berlins wissenschaftlicher Stärke endlich noch mehr wirtschaftliche Wirkung machen können – für unsere Hochschulen, für unsere Unternehmen und für den Standort insgesamt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen herzlichen Dank! – Dann ist Frau Möller an der Reihe. – Sie haben das Wort!

Laura Möller (JUNI): Vielen Dank für die Einladung! – Ich freue mich, dass ich hier dabei sein darf. Ich möchte kurz die Chance nutzen, JUNI als Startup Factory noch einmal zu erklären. Wir sind mit der Rückendeckung von 40 Institutionen aus der Wissenschaft aus Berlin und Brandenburg gestartet. Das beinhaltet die Universitäten, angewandte Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und in der Tat auch einige der privaten. Wir sind unterstützt aus der Wirtschaft, wir haben Industriepartner dabei – in Summe sind es mittlerweile 14 –, und wir haben ebenso die Rückendeckung von Stiftungen und vom Bundeswirtschaftsministerium, wie gerade schon genannt. Die IHK ist auch von Anfang an sehr unterstützend, insofern möchte ich die Chance nutzen, den Punkten, die Thorben Gottschalk gerade genannt hat, zuzustimmen, insbesondere dort, wo sie unsere Sphäre berühren, also im Kontext von Start-ups und Ausgründungen aus der Wissenschaft. Das ist das, was uns ganz zentral umtreibt. Die Punkte, die hinsichtlich der Sicherstellung der klaren Zuständigkeiten und der Erfolgsmessung genannt wurden, sind auch aus unserer Perspektive sehr wünschenswert.

Deswegen würde ich jetzt noch auf ein paar andere Punkte eingehen, die uns aufgefallen sind, als wir die drei Papiere gelesen haben, also die Forschungspolitische Strategie in Kombination mit den beiden hier heute zu diskutierenden Papieren, die ja in enger Kooperation entstanden sind. Ich möchte gern mit einem motivierenden Ziel starten: Wenn es um das Potenzial geht, das wir aus der Start-up-Landschaft und aus dem Ausgründungsgeschehen herausholen können, sind wir meiner Meinung nach bisher erst bei 30 bis 40 Prozent angekommen. Das hat schon heute einen sehr großen Anteil an der Wirtschaftsleistung, die wir hier in der Stadt vorfinden. Das heißt aber auch, dass da noch sehr viel mehr geht und dass Berlin für die eigene Stadtgesellschaft, aber auch für Deutschland und Europa noch viel mehr leisten kann und sollte.

Start-ups sind ein wahnsinniger Innovationstreiber. Wir sollten in den kommenden Jahren nutzen, was wir hier als Assets und als Power noch haben, und das sind vor allem die Punkte, die in der Wissenschaft verortet sind. Die Grundzutaten sind alle vorhanden. Wir haben das Talent an den Hochschulen, wir haben das operative Talent in der Start-up-Landschaft, wir haben den Zugang zu Venture Capital, in Teilen aus eigener Kraft, aber vor allem auch noch privat darüber gehebelt. Die Forschungspolitische Strategie ist meiner Meinung nach dafür ein sehr wichtiger Startpunkt. Vielen Dank für den Mut, dort Fokus und Konkretisierung hinzubringen! Ich denke, Finanzierung und auch die Rollenklärung sind etwas, was in den kommenden Monaten und Jahren folgen muss.

Zentral ist aus unserer Perspektive der dritte Handlungspfad, der sich mit den Karrieren von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auseinandersetzt und dort noch einmal den Verweis gibt, dass es nicht nur innerhalb der Wissenschaft durchlässig sein soll, sondern auch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Meine Interpretation dessen ist, dass das unternehmerische Denken und Handeln und damit auch das Entfalten von Selbstwirksamkeit ganz zentral sind und von Anfang an gleichberechtigt und früh mitgedacht werden müssen: Wie erlauben wir den Menschen zu verstehen, dass das ein veritabler Weg in die Zukunft ist? – In der Kombination ist das dann mit der DTBA sehr positiv zu bewerten, insbesondere weil hier Bereiche hervorgehoben werden, in denen Berlin stark ist. Das ist natürlich kein Zufall: Künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Mikroelektronik und Quanten sind alles Bereiche, die

in der Zukunft noch sehr viel relevanter sein werden. Berlin hat hier ein Edge. Ich glaube, dass das auch insofern interessant ist, da es entweder schnell gehen kann – in der KI sehen wir von der Grundlagenforschung in die Anwendung eine hohe Iterationsgeschwindigkeit – oder der Impact sehr hoch sein kann. Das sehen wir vor allem im Biotechnologie- und im Gesundheitsbereich, wo wir mit einer alternden Gesellschaft neue Antworten auf die Herausforderungen finden müssen, die vor uns liegen.

Ich möchte kurz darauf verweisen, was in anderen Regionen der Welt passiert. Wenn wir mit der Forschungspolitischen Strategie das Ziel haben, dass Berlin der Standort Nummer eins für das Wirken dieser Talente wird, dann sehen wir, dass diejenigen Hochschulen besonders weit vorn sind, die ein sehr aktives Ausgründungsgeschehen haben und diese Durchlässigkeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Kontext der Start-ups aufweisen, und dass diese klassischen Pfade, die Karriere in der Academia, dort aufgebrochener sind. 60 Prozent der Deep-tech-Ausgründungen in den USA finden aus den Hochschulen heraus statt, in Deutschland sind es nur 23 Prozent. Das zeigt, glaube ich, jetzt schon eine relativ große Lücke. Gleichzeitig haben wir 28 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die gerne gründen möchten, aber nur 3 Prozent tun es.

Zur Umsetzung bei der Transfer Bridge und auch in der Deep Tech Berlin Agenda sehen wir die Punkte für geeignet an. Wir freuen uns auch sehr, dass wir mit dem Berliner IP-Modell schon einen ersten Haken an einem wichtigen Punkt setzen können. Das ist nicht die eine Antwort auf alles und wird nicht dafür sorgen, dass es von alleine läuft, aber es ist unserer Einschätzung nach ein sehr zentraler Bereich, um ein positives Momentum in die Zukunft zu tragen und dann auch nutzen zu können. Wenn Sie dazu mehr hören möchten, stellen Sie mir vielleicht noch eine Frage zu den einzelnen Prinzipien, ich freue mich, wenn ich das noch etwas mehr erläutern darf.

Ich würde mir wünschen, dass wir in den nächsten Schritten die Finanzierungsfrage klären und dass wir die konkreten Zuständigkeiten geklärt bekommen, auch über die jetzige Legislaturperiode hinaus. Auf unserer Agenda stehen als Nächstes die Fragen zur Infrastruktur. Das beinhaltet zum Beispiel auch den Punkt der Reallabore, der aufgegriffen wurde: Wie kann das tatsächlich nutzbar gemacht werden, und schafft das den Rahmen, in dem Ausgründungen noch sehr viel besser florieren können? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Herzlichen Dank! – Dann ist Herr Wichmann an der Reihe.

Victor Wichmann (Technologiestiftung Berlin): Auch von mir vielen lieben Dank für die Einladung und die Möglichkeit zur Einordnung der Deep Tech Berlin Agenda sowie der Berlin Transfer Bridge!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Meine heutige Einordnung erfolgt entlang einer Problemanalyse des Innovationsstandorts Berlin sowie einer Lösungsanalyse mit einem anschließenden kurzen Fazit.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Beginnen möchte ich mit einer kurzen Problemanalyse. Punkt eins beschreibt das bestehende Kernproblem, wenig überraschend, die Transferlücke zwischen Forschung und Markt. Wir haben in Berlin exzellente Forschungsergebnisse, die aber viel zu selten in marktfähige Produkte und Wertschöpfung überführt werden.

Der zweite Punkt zählt ebenfalls auf diese Transferlücke ein und betrifft die zersplitterten Zuständigkeiten bei der Transferthematik. Transfer findet genau an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft statt, und Wirtschafts- und Wissenschaftsverwaltung arbeiten bislang zu getrennt, das heißt, es fehlten ressortübergreifende gemeinsame Strukturen für Transferprozesse.

Als dritten Punkt möchte ich den globalen Wettbewerb nennen. Wir befinden uns derzeit zweifelsohne in einem absoluten globalen Subventionswettbewerb, und hier werden immense Summen weltweit in Zukunftstechnologien investiert. Da sind in erster Linie China und die USA zu nennen, aber das sind bei Weitem nicht die einzigen. Als Land Berlin können wir natürlich mit diesen Summen nicht mithalten, aber wir befinden uns dennoch im intensiven internationalen Wettbewerb um Forschung, Talente und Investitionen.

Der nächste Punkt, den ich aufmachen möchte, ist das Fehlen eines strategischen Rahmens. Was bisher fehlte, ist ein übergeordneter strategischer Rahmen als Orientierung, der einerseits klare Prioritäten setzt und andererseits Wachstumsbedingungen für Deeptech-Unternehmen definiert, also beispielsweise Zugang zu Kapital, zu Talenten oder zu bestimmter Infrastruktur.

Der letzte Punkt, den ich bei der Problemanalyse noch nennen möchte, ist die fehlende Sichtbarkeit, insbesondere die internationale Sichtbarkeit, denn Berlin ist als Deeptech-Standort im Vergleich zu anderen europäischen Innovationszentren noch nicht ausreichend sichtbar und positioniert. Das wiederum erschwert die Anziehung von Investoren und Talenten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Kommen wir kurz zur Lösungsanalyse: Was wurde mit der Einführung der Deep Tech Berlin Agenda sowie der Berlin Transfer Bridge gemacht? – Als Erstes gilt die Berlin Transfer Bridge, die gemeinsam vom Wirtschafts- und Wissenschaftssenat verabschiedet wurde, als eine gemeinsame institutionalisierte Transferbrücke. Das heißt, das ist ein institutionalisiertes Transferinstrument, welches Ausgründungen, Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sowie Förderangebote bündelt.

Punkt zwei greift die ressortübergreifende Steuerung auf. Insbesondere die Berlin Transfer Bridge verbindet explizit zwei getrennte Verwaltungsstrategien. Wir haben einerseits die Forschungspolitische Strategie der Wissenschaftsverwaltung und andererseits die Deep Tech Agenda der Wirtschaftsverwaltung. Auch die Deep Tech Berlin Agenda wurde unter Einbindung anderer Ressorts entwickelt und wird zudem ressortübergreifend gesteuert.

Als nächsten Punkt möchte ich noch auf die Fokussierung auf fünf Technologiefelder eingehen, anstatt einer breiten Förderung ohne Priorisierung. Ein solches Vorgehen orientiert sich sehr stark am Vorgehen der Hightech Agenda Deutschland. Ähnlich zur Hightech Agenda Deutschland basiert die Auswahl der Technologien einerseits auf den vorhandenen Stärken in Berlin und andererseits auf dem zukünftigen Potenzial der Technologien.

Der vorletzte Punkt, auf den ich eingehen möchte, sind die Wachstumsinstrumente für die Skalierung, die ebenfalls als Bestandteil der Deep Tech Berlin Agenda gelten und gezielten Zugang zu Kapital, Talenten, Infrastruktur, Reallaboren, Datenräumen et cetera ermöglichen und genau an dem Punkt ansetzen, nachdem Start-ups gegründet wurden.

Als letzten Punkt möchte ich noch ein Wort zu der strategischen Positionierung sagen. Darüber haben wir schon gesprochen. Die DTBA beinhaltet eine Verzahnung. Über die InnoBB haben wir noch nicht gesprochen, das ist so ein bisschen das Berlin-Brandenburg-Pendant dazu als Innovationsstrategie. Es gibt eine Verzahnung mit regionalen Strategien, mit der Hightech Agenda Deutschland auf Bundesebene sowie mit EU-Strategien. Diese Verzahnung führt einerseits zur Stärkung der Sichtbarkeit im europäischen Standortwettbewerb und ermöglicht andererseits die Erschließung zusätzlicher Fördertöpfe.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Als Fazit habe ich eine kleine Bewertungsmatrix mitgebracht. Hier kann man oben die genannten Kernprobleme sehen, und vertikal sind die Lösungsansätze dargestellt. Hier kann man ganz gut erkennen, dass alle fünf Lösungsansätze der Deep Tech Berlin Agenda und Berlin Transfer Bridge auf die Kernprobleme des Berliner Innovationsgeschehens einzahlen. Diese ergänzen sich auch ganz gut komplementär und haben eine klare Arbeitsteilung. Wir haben auf der einen Seite strukturelle Probleme, wie beispielsweise die getrennten Zuständigkeiten, die durch institutionelle Instrumente gelöst werden, und wir haben auf der anderen Seite strategische und außenwirksame Probleme, die durch Priorisierung und Positionierung gelöst werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Abschließend dazu lässt sich zusammenfassen: Die Deep Tech Berlin Agenda sowie die Berlin Transfer Bridge adressieren reale und oft beklagte Schwachstellen des Berliner Innovationssystems, aber – das muss deutlich werden und ist von meiner Vorrednerin und meinem Vorredner auch schon deutlich geworden –, der Erfolg wird in erster Linie von der Umsetzung abhängen. Das heißt, wir befinden uns jetzt im ersten Schritt eines Zehnjahresplans. Ich will auch noch darauf hinweisen, dass wir belastbare Daten brauchen, um diese Fortschritte zu messen.

An dieser Stelle sei mir vielleicht der kleine Werbeblock erlaubt: Wir von der Technologiestiftung erheben jährlich Innovationsdaten zu Berliner Unternehmen. Wir sind gerade dabei, ein Reifegradmodell einzuführen, welches eine regelmäßige Bewertung der Innovationsökosysteme in Berlin ermöglichen soll, sowie ein Technologieradar, welches ein Monitoring der technologischen Entwicklung in Berlin erlauben soll. Das wird auch im Vergleich zu anderen Regionen stattfinden. Zusätzlich bauen wir derzeit eine Unternehmensdatenbank auf, die Unternehmen identifizieren und den jeweiligen Technologiefeldern zuordnen soll. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen herzlichen Dank! – Dann kommen wir jetzt in die Fragerunde, und ich lese einmal die Abgeordneten vor, die auf der Redeliste stehen: Herr Schulze, Frau Neugebauer, Frau Brauner und Herr Trefzer. – Herr Schulze!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön für Ihre Ausführungen und auch für die Erklärungen und Analysen! Ich will dazu eine Vorbemerkung machen: Ich glaube, dass der Transfer nicht nur schon immer wichtig war, sondern jetzt in den Zeiten, in denen die Wissenschaftsfinanzierung bundesweit und vielleicht weltweit unter Druck steht, noch einmal besonders wichtig wird. Denn die Legitimation von Geld, das in die Wissenschaft fließt, muss sich für die Gesellschaft erschließen. Dafür ist Transfer, die Anwendung von Forschungsergebnissen, übrigens nicht nur in der privaten Wirtschaft, sondern auch in weiteren Bereichen der Gesellschaft, ein ganz zentrales Argument. Wenn wir Wissenschaft haben, die sich über Drittmittel und Ähnliches quasi immer wieder selbst legitimiert, dann reicht das in den heutigen Zeiten nicht aus, sondern die Menschen – auch diejenigen, die nicht studieren oder nicht in der Wissenschaft tätig sind – müssen erkennen, dass die Wissenschaft für sie einen unmittelbaren Nutzen hat. Das will ich als Vorbemerkung sagen, dass der Druck für uns als Politik, die Wissenschaft für Transfer zu öffnen, auch steigt und aus immanenten Gründen heraus wichtiger wird.

Vielen Dank für Ihre Erklärungen und Analysen! Ich will erst einmal eine Frage an Sie drei stellen: Sind die Hindernisse, die hier auch genannt worden sind, für mehr Transfer – oder auch mehr Gründungen, aber Transfer ist ja wesentlich breiter als nur Gründungsgeschehen – schon komplett adressiert oder würden Sie weitere sehen? Ich frage deswegen, weil wir, als wir auf unseren Ausschussreisen waren, immer auch gehört haben, dass das Gesamtsystem in Deutschland in seinen Strukturen bisher nicht besonders gut auf Transfer eingestellt ist – gar nicht so sehr, weil es nicht die Bemühungen gibt oder weil individuelle Leistungen da nicht eine andere Sprache sprechen, sondern weil die Strukturen dafür nicht gemacht sind, also Stichwort: In vielen Ländern gründen vor allem Studierende oder Menschen auf Promotions- oder Postdoc-Stellen aus, gar nicht unbedingt die Professorinnen und Professoren. Auch der Transfer läuft häufig über Studierende und über Leute, die im Mittelbau tätig sind. Wie würden Sie da die Situation sehen? Reichen unsere Bemühungen dazu aus, oder müssen wir auch an dieser Stelle mehr tun?

Dann möchte ich die Frage stellen: Gibt es eigentlich Probleme bei der Infrastruktur? In den beiden Strategien steht viel über Reallabore und überhaupt über technische Infrastruktur und Räume. Reicht das? Haben Gründerinnen und Gründer oder auch kooperative Initiativen genug Infrastruktur, genug Raum, um wirklich Transfer zu machen? Es reicht ja nicht, ein Patentbüro an der Uni zu haben, sondern wenn reales Gründungsgeschehen, reales Transfergeschehen stattfinden soll, muss das irgendwo einen räumlichen Niederschlag haben.

Letzter Punkt: Brauchen wir so etwas wie eine One-Stop-Agency? Ich glaube, es ist niemandem aus der Wirtschaft zuzumuten, sich durch die hohe zweistellige Zahl von Berliner Wissenschaftseinrichtungen zu arbeiten, um jemanden zu finden, der möglicherweise für sein Problem die richtige Lösung hat oder mit ihm vielleicht die richtige Lösung entwickeln will. Reicht das, was an Ansprechmöglichkeiten da ist? Das KMU-Büro war in der Tat so ein bisschen ein Leuchtturm, das glaube ich auch. Wir haben aber auch die großen Unis mit großen Kapazitäten, wir haben die Charité. Müsste man das nicht noch stärker bündeln, damit es nicht den Verantwortlichen in der Wirtschaft obliegt, sich durch das Geflecht zu wuseln, sondern wir eine eigene Struktur haben, die den Pfad durch das Wissenschaftssystem weist? – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychey: Frau Neugebauer ist an der Reihe.

Laura Neugebauer (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank für die Einblicke, die wir hier erhalten haben! Herr Gottschalk, Sie haben das IFAF genannt. Da würde mich interessieren: Welche Rolle spielt das IFAF in den erwähnten Transferstrukturen, und wie könnte man diese Einrichtung noch mehr stärken oder stärker einbinden, wenn es nötig ist?

Dann würde mich die Finanzierungslage interessieren. Wie sieht es mit den aktuellen Mitteln aus? Reichen sie aus? – Die Antwort ist wahrscheinlich Nein, deswegen wäre meine Anschlussfrage, gerne auch an alle anderen Anzuhörenden, ob die existierenden Instrumente so funktionieren, dass das Geld, das zur Verfügung steht, im Moment bestmöglich eingesetzt ist, um das bestmögliche Ergebnis herauszuholen. Gibt es Wünsche, wie die Förderstruktur angepasst werden sollte, die Sie uns mit auf den Weg geben können?

Welche Wirkung hat der Transfer über ökonomische Komponenten hinaus? Was sind Wirkungen, die man mit anderen Indikatoren besser messbar machen könnte, um sie in die nächste Hochschulförderung zu gießen? Welche weiteren Vorteile entfallen über ökonomische Vorteile hinaus für diese Stadt, die man noch besser berücksichtigen und auch sichtbar machen kann?

Der Branchenschwerpunkt im Bereich Transferaktivität verschiebt sich im Moment, und deswegen stellt sich mir die Frage: Welche politischen, gesellschaftlichen und vielleicht auch ethischen Herausforderungen ergeben sich daraus? Wie kann das Land hier besser reagieren?

Dann vielleicht aus aktuellem Anlass: Wie können wir die technologische Stärke Berliner Unternehmen nutzen, um endlich die Transformation der Verwaltung voranzutreiben und die öffentlichen Defizite, die wir offensichtlich haben, aufzuholen?

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Frau Brauner ist an der Reihe.

Kerstin Brauner (CDU): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank! – Ich habe eine Frage an Frau Möller von JUNI zu den Reallaboren, die ich für eine sinnvolle und spannende Sache halte, Wissenschaft erlebbarer zu machen und für die Menschen in den Alltag konkret zu übertragen. Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu etwas tiefergehender ausführen könnten, zum Beispiel zu dem Bestandsprojekt, Abwasser zur Wärmeerzeugung und Weiterverwendung zu nutzen und zurückzugewinnen, etwa auch für die Gartenbewässe-

rung, sodass man dort die Wissenschaft noch stärker in den Alltag der Menschen übertragen kann. Gibt es schon erste Erfahrungen, erste Resümees, und wie könnten nächste Ausbaustufen aussehen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Herr Trefzer ist an der Reihe.

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für Ihre Analysen und Ihre Statements! Das Thema Transferlücke ist tatsächlich ein Thema, das in letzter Zeit ein bisschen intensiver und häufiger diskutiert wird. Ich hatte vor 14 Tagen einen Termin in der IHK in Treptow-Köpenick, mit dem dortigen Kandidaten, und da war genau dies das Thema, nämlich wie man die große Forschungsstärke, nicht nur in Treptow-Köpenick, sondern darüber hinaus, auf die Straße bringt und in wirtschaftliche Aktivität, in Wachstum und Arbeitsplätze umsetzt. Da sind wir in Berlin noch ganz schön hintendran. Es gibt auch immer wieder Beispiele, wo in Berlin geforscht wird, wo in Berlin Ergebnisse erzielt werden, die dann in anderen Bundesländern realisiert werden, weil dort die Standortbedingungen offensichtlich noch ein bisschen besser sind.

Deswegen an der Stelle meine Frage an Herrn Gottschalk: Das Thema Transfer ist ein Dauerbrenner bei der IHK. Sie haben seit Jahren im Grunde die gleichen Forderungen aufgestellt, die Sie auch heute noch einmal formuliert haben. Jetzt gibt es diese guten Papiere und diese guten Absichten, das haben Sie auch gesagt. Noch einmal zu den Papieren selbst, Deep Tech Agenda und Transfer Bridge: Ist da jetzt alles soweit drin, wie Sie das für richtig halten, oder gibt es auch noch Punkte, die aus Ihrer Sicht verbesserungs- und optimierungsfähig sind? Oder gibt es vielleicht auch Punkte, die nicht so gut sind, die man an der einen oder anderen Stelle kritisieren müsste? Oder ist da auch vieles drin, das ohnehin schon an anderer Stelle berücksichtigt worden ist? Da ist ja nun nicht alles neu.

Eines der neuen Elemente, das mir bei der Berlin Transfer Bridge aufgefallen ist, ist dieses Berliner IP-Modell für wissenschaftliche Ausgründungen, sodass das enthaltene IP-Audit zunächst geklärt werden soll, also erst Fragen zum geistigen Eigentum geklärt werden sollen, bevor es tatsächlich in die Entwicklung geht. Deswegen dazu meine Frage: Warum können und auch sollen Eigentums- und Verwertungsfragen bei Forschungsprojekten so früh geklärt werden? Wäre es nicht sinnvoller – die Fragen ergeben sich ja wahrscheinlich erst im Laufe des Forschungsprozesses –, wenn man das ein bisschen später klären würde? Wo liegen die Grenzen der Möglichkeiten einer solchen Vorabklärung? Wie sinnvoll ist dieser Vorschlag dieses Berliner IP-Modells?

Sie sprachen davon, dass es finanzielle Anreize geben muss. Ganz klar, die Grundfinanzierung für den Transfer muss stehen. Es muss die Transferfonds geben. Es muss spezielle Incentives und Anreize für die Ausgründungen geben. Da stellt sich natürlich auf der anderen Seite die Frage nach dem finanziellen Nutzen für die Hochschulen. Wie sehen Sie die Balance, wenn Dinge aus den Hochschulen heraus wirtschaftlich erfolgreich verwertet werden? Was verbleibt letzten Endes als wirtschaftlicher Ertrag für die Hochschulen? Ist da Ihres Erachtens die Balance ausgewogen, oder müsste man vielleicht noch nachsteuern, um auch den Anreiz für die Hochschulen zu stärken, sodass sie am Ende ein bisschen mehr von dem Kuchen abbekommen? Einfach einmal als Frage in den Raum gestellt, wie Sie das einschätzen.

Die Kooperation mit bestehenden Unternehmen ist auch noch ein Thema gewesen. Nicht jedes Forschungsergebnis muss in eine Ausgründung oder ein Start-up münden. Es gibt viele bestehende Unternehmen, die sich schon mit ähnlichen Fragen beschäftigen, wo man sich vielleicht einbringen kann. Wie sehen Sie in Berlin die Möglichkeit, sich einzubringen, aber auf der Gegenseite natürlich auch für die Unternehmen, davon Kenntnis zu erlangen und sich für Forschungsergebnisse zu öffnen, die vielleicht das eigene Unternehmen weiterbringen? Sie sagten, dass da ein bisschen mehr passieren muss, und auch, dass sich die Unis für die Unternehmen öffnen müssen. Viele wissen gar nicht, was im Forschungsbereich passiert, aber auch umgekehrt wissen viele Unis gar nicht, was in den Unternehmen gerade im innovativen Forschungsbereich passiert. Was könnte man da noch besser machen, um Wissenschaft, Forschung und Unternehmen besser zu verzahnen?

Herr Wichmann, Sie haben zersplitterte Zuständigkeiten angesprochen. Das ist eine Frage, die ich mir auch gestellt habe. Bei dem Thema fehlende internationale Sichtbarkeit denke ich an die vielen Besuche von Frau Giffey auf ihren Auslandsreisen, beispielsweise in Indonesien oder Indien, wo sie das Thema Transfer relativ offensiv angesprochen hat, wenn ich mich recht entsinne. Was könnte man an der Stelle noch machen? Wie könnte das konkret aussehen? Sie haben gesagt, dass es an internationaler Sichtbarkeit für Berlin fehlt. Die Wirtschaftsverwaltung macht da einiges. Wo läge denn Ihres Erachtens die Zuständigkeit oder die Ressortierung? Wie sollten sich Wissenschafts- und Wirtschaftsverwaltung noch besser abstimmen, um diese Sichtbarkeit herzustellen? Wo gibt es Defizite, oder wo gibt es noch unausgeschöpfte Potenziale bei dem Thema internationale Sichtbarkeit?

Dann vielleicht noch ganz kurz zu dem Thema Fokussierung: Ich kann vollkommen nachvollziehen, dass man sich auf bestimmte Forschungsfelder konzentriert und dort die Stärken entwickelt. Wie anpassungsfähig ist denn diese Fokussierung? Es gibt immer so viele neue Trends, neue Forschungsfelder, die man vor wenigen Jahren, aber auch vor wenigen Monaten noch gar nicht so auf dem Schirm hatte. Kann es sein, dass diese Fokussierung auch mit Nachteilen verbunden ist? Wäre es vielleicht sinnvoller, dass man das doch ein bisschen offener anlegt, weil sich immer wieder neue Fragen und neue Forschungsfelder ergeben? – Das wären erst einmal die Fragen von meiner Seite. Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Dann ist jetzt Herr Dr. Altuğ an der Reihe.

Dr. Turgut Altuğ (SPD): Danke, Frau Vorsitzende! – Ich habe drei Fragen, einmal an Herrn Wichmann: Woran würden Sie in drei bis fünf Jahren konkret erkennen, dass die Deep Tech Berlin Agenda erfolgreich ist? Das würde mich interessieren.

Dann möchte ich gerne von Frau Möller wissen: An welcher Stelle verliert eine wissenschaftsbasierte Ausgründung in Berlin heute am meisten Zeit?

Von Herrn Gottschalk möchte ich gerne wissen: Wie wird Deutschland von außen wahrgenommen, wenn wir uns zum Beispiel anschauen, wie die Wahlen gestern in Sachsen-Anhalt gelaufen sind? Was sagen die Firmen – Sie als IHK sind bestimmt international vernetzt –, inwiefern das eine Rolle für Berlin spielen würde, also der Zustand und die Lage, was die Ausgründung, aber auch die Wirtschaft betrifft?

Von der Senatsverwaltung möchte ich gerne wissen, wie die Berlin Transfer Bridge verbindlich in die Steuerung und Zielvereinbarungen mit den Berliner Hochschulen übersetzt wird. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychey: Dann sind wir jetzt am Ende der Redeliste und kommen in die Antwortrunde. Wir würden wieder alphabetisch vorgehen. – Da sehe ich keinen Widerspruch. – Dann hat Herr Gottschalk das Wort.

Dr. Thorben Gottschalk (IHK Berlin): Erst einmal ganz herzlichen Dank für die wirklich sehr spannenden und guten Fragen! Ich hoffe, ich habe alles mitgeschnitten, und versuche, es der Reihe nach zu beantworten.

Herr Schulze, Sie haben konkret nach weiteren Hindernissen für den Transfer gefragt. Na klar, da gibt es noch mehr. Es geht um die Finanzierung insgesamt, um Förderprogramme, die es auf Landesebene gibt und die anschlussfähig für Bundesprogramme sein müssen. Da gibt es ja Pro Fit und Transfer BONUS, also dass das an das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand – ZIM – und KMU-innovativ besser angeschlossen werden kann. Wir haben unser aktuelles Positionspapier zum Transfer. Da haben wir sehr viele Punkte aufgeschrieben, was wirklich getan werden muss, um die bestehenden Transferhemmnisse anzugehen: strategischer Rahmen, Anreizsysteme und ganz konkrete Transferhebel. Wir können uns auch vorstellen, dass wir ambitioniert sind und sagen: Schaffen wir doch das innovationsfreundlichste Hochschulgesetz ganz Deutschlands in Berlin. Das heißt, zum Beispiel schon bei der Berufung von Professoren daran zu denken, dass Transferleistung mitberücksichtigt wird. Transfer muss eine reguläre Dienstaufgabe von Professoren sein. Man könnte Transferfreisemester ähnlich wie Forschungsfreisemester einführen. Da gibt es ganz viele Möglichkeiten, wo man noch viel mehr machen kann.

Man muss außerdem die ganze Wertschöpfungskette stärker in den Blick nehmen, auch bei den jetzt vorliegenden Papieren, also von der ersten Idee über die Validierung bis zu der Ausgründung, der Bewertung, der Skalierung, dass man da einen Ansatz aus einem Guss wählt. Da ist also noch viel, was man besser machen kann. Natürlich ist das ehrlicherweise auch eine Sache der Hochschulfinanzierung insgesamt. Ich weiß, dass die finanzielle Lage in Berlin gerade schwierig ist, aber man muss sagen: Transfer, wenn er gut funktioniert, lohnt sich dann auch wirklich. Das ist ein ökonomischer Faktor, und – das war ebenfalls eine Frage, die gestellt wurde – auch später noch, darüber hinaus, hat Transfer, wenn Forschungsergebnisse in Anwendung kommen, über ökonomische Punkte hinaus einen gesellschaftlichen Mehrwert. Das bringt die Gesellschaft voran, wenn es um Demokratie geht, um Freiheitsrechte und so weiter. Auch das ist wichtig. Aber das muss stattfinden und finanziert werden, über den rein ökonomischen Nutzen hinaus. Es muss Hand in Hand gehen, nur dann wird es dauerhaft funktionieren.

Sie haben nach der Infrastruktur gefragt. Ein ganz wichtiger Punkt ist die ganze Infrastruktur gerade im Deeptech-Bereich, was Laborplätze und die entsprechenden Apparaturen angeht. Es ist wichtig, dass Zugänge für KMU und Start-ups da sind, dass sie dort reinkommen. Zudem wünschen wir uns, was die Regulatorik angeht, dass noch viel stärker auf Reallaboransätze gesetzt wird, dass man den regulatorischen Rahmen in ausgewählten Testräumen freier gestaltet, um zu schauen, wie dann tatsächlich ohne zu starke bürokratische Fesseln noch stärker zu Ergebnissen gekommen werden kann. Wir denken dabei zum Beispiel daran,

die Zukunftsorte Berlin oder auch Unternehmensnetzwerke, wie das UnternehmensNetzwerk Motzener Straße, zu nutzen und zu sagen: Hier machen wir es jetzt ein bisschen freierlicher. – Wir als IHK haben ein Projekt, das sich „100m Zukunft“ nennt. Da wollen wir bei uns vor dem Ludwig Erhard Haus in der Fasanenstraße städtische Innovationen im Stadtbild sichtbar machen, direkt vor unserem Haus. Da haben wir jetzt Probleme mit dem Denkmalschutz, das ist alles nicht so einfach. Da erleben wir das selbst auch. Hier mehr Mut für Lösungen zu haben und so etwas zu ermöglichen, wäre eine gute Sache, um dort voranzukommen.

Dann haben Sie das Stichwort One-Stop-Agency genannt. In der Tat ist es ziemlich zerklüftet. Unsere Umfragen zeigen, dass die Unternehmen viele Angebote nicht kennen. Jede Hochschule hat ihre Transferstellen, aber es ist zu wenig bekannt. Und ganz ehrlich, das ist auch die Wahrheit: Die Unternehmen haben häufig gar nicht die Zeit, sich so stark zu informieren. Die wollen ihre eigentlichen Geschäftsdinge tun, und dann ist natürlich auch viel Bürokratie da. Das wäre ebenfalls ein guter Punkt, wenn wir da entlasten könnten, dass dann mehr Zeit wäre, sich zu vernetzen, in die Netzwerke hineinzugehen und dadurch Transfer zu begünstigen. Bei der zentralen Anlaufstelle wurde auch das KMU-Büro genannt. Was spannend wäre – ich bin mal so frech und schaue in Richtung JUNI, denn ihr habt, gerade was Start-ups angeht, diesen großen Überblick –, wenn JUNI eine Verteilerfunktion übernehmen könnte, also eine Art Verweisberatung, sodass die Unternehmen wissen: JUNI ist mein Ansprechpartner und kann mir genau sagen, wo ich mit meinem spezifischen Problem hingehen muss. Das wäre zum Beispiel eine Idee. Das fänden wir auf jeden Fall sehr spannend.

Frau Neugebauer, Sie haben nach dem IFAF im Transfersystem gefragt. Wie können wir das stärken, auch finanziell und so weiter? – In der Tat wäre es gut, wenn es für das IFAF mehr Gelder gäbe. Das ist jetzt keine sehr überraschende Antwort, das ist korrekt. Normalerweise gab es bei der Projektauswahl das Kuratorium. Die haben sich angeschaut, was vorlag und dann ausgewählt. Jetzt wurde, weil eben auch die Finanzierung schwierig war, in diesem Fall durch die Senatsverwaltung selbst die Auswahl getroffen. Das kann man nachvollziehen, aber es wäre schön, wenn wir wieder an den anderen Punkt zurückfinden könnten, weil dann alle Interessengruppen bei der Auswahl der Projekte mit dabei wären. Auf jeden Fall wäre uns sehr wichtig, dass in allen Projekten immer auch ein Wirtschaftszug enthalten ist. Es gibt zu Recht Projekte, die auf gesellschaftlichen Mehrwert zielen, das ist gut, aber wir sollten auch die Wirtschaft mitdenken. Es gibt zum Beispiel aktuell eine Untersuchung zum Stromausfall in Berlin: Was hatte das für Auswirkungen auf die betroffenen Privathaushalte? – Es gab da auch eine ganz starke wirtschaftliche Betroffenheit, auch viele Unternehmen hatten keinen Strom, und so etwas hätte man in so einem Projekt mituntersuchen sollen. Diesen Gedanken hätten wir natürlich gerne eingebracht, aber dann das Ganze gerne für die nächsten Male.

Sie hatten noch die Frage, Frau Neugebauer: Wie können wir die technologische Stärke Berlins für Verwaltungstransformation nutzen? – Ich habe die Innovationsklausel genannt. Ich glaube, es wäre ganz spannend, das möglich zu machen. Dann können wir die klugen Ideen aus Start-ups viel stärker in die Anwendung bringen. Diese können sich auf die bestehenden Vergabeprozesse kaum bewerben. Das ist zu kompliziert für sie, und sie haben teilweise nicht die Referenzen, die man mitbringen muss. Wenn man da über so eine Innovationsklausel vorgehen könnte, wäre das ein richtiger Booster, um neue Ideen in die Anwendung zu bringen, und davon kann dann Berlin in der Verwaltung sehr stark profitieren.

Dann komme ich zu Ihnen, Herr Trefzer, Sie haben gefragt: Wie können wir Forschungsstärke noch besser in die Anwendungen übertragen? Was fehlt in den Papieren selbst? – Da möchte ich kurz auf die Forschungspolitische Strategie eingehen. Sie ist grundsätzlich gut. Da hätten wir uns vielleicht eine stärkere HAW-Perspektive gewünscht. Das geht sehr stark in die Exzellenzforschung hinein, was auch gut ist, aber gerade viele KMU brauchen nicht die neue Erkenntnis, die nobelpreisverdächtig ist, sondern haben ganz konkrete betriebliche Herausforderungen, und da sind die HAWs im Grunde prädestiniert, genau dafür die Forschung zu machen und Lösungen zu finden. Das sollte man stark adressieren und mitdenken, gerade angesichts der Berliner Wirtschaftsstruktur mit vielen KMU.

Dann haben Sie nach dem Berliner IP-Modell gefragt. Sie haben das Stichwort Audit erwähnt. Sollte man das wirklich so frühzeitig klären? – Dazu kann Laura Möller, glaube ich, gleich noch kompetenter Auskunft geben. Ich kann sagen: Wir finden das Modell sehr gelungen und sehr gut, weil es endlich eine Erwartungsstabilität gibt und es damit für alle Beteiligten einfacher macht. Man muss nicht komplett leer anfangen, wo man gar nicht genau weiß, wie man jetzt verhandelt, denn es ist unglaublich kompliziert. Die Leute haben die Erfahrung nicht. Es gibt da also eine Hinreichung. Es ist ein dreistufiger guter Prozess, der dort aufgesetzt ist.

Dann haben Sie nach finanziellen Anreizen gefragt. Ich habe es schon genannt, wir brauchen die Indikatoren. Da müssen wir wirklich messen, übrigens in der Tat nicht nur die Ausgründung. Transfer ist ja viel mehr, Transfer geht über Köpfe, das duale Studium, Forschungskooperation. Das muss alles gut über Indikatoren transparent gemessen werden, und dann kann man es auch finanziell anreizen. Das ist das eine.

Dann haben Sie gefragt, ob die Hochschulen nicht noch ein bisschen mehr vom Kuchen abbekommen sollten, sage ich mal ein bisschen salopp. Das ist natürlich immer so ein Spannungsverhältnis. Einerseits ist das eine Möglichkeit, überhaupt Gelder zu bekommen, andererseits: Je mehr die Hochschulen bekommen, desto unattraktiver wird es für die Unternehmen selbst. Der internationale Trend geht tatsächlich eher dahin zu sagen: Machen wir es doch lieber runter, also wenn es diese prozentualen Geschichten, diese Sharing-Geschichten oder Anteile sind, lieber in den Prozentsätzen heruntergehen und deswegen mehr Transfergeschehen ermöglichen, was sich am Ende besser auszahlt. Das ist im Wesentlichen auch der Weg, der mit dem Berliner IP-Modell gefunden wurde. Das finden wir grundsätzlich richtig.

Wir haben sogar noch den Ansatz drin – darauf hatten wir als IHK gedrungen und die Idee eingebracht –, als einer der Tracks zu sagen: IP-Freistellung, dass es also im Grunde gar nichts kostet. Das auszutesten, ist sehr spannend, weil das dazu führen kann, dass das Gründungsgeschehen da noch stärker vorangehen kann. Es gibt Umfragen unter Leuten, die ausgegründet haben und dann später richtig groß den Exit gemacht und ganz viel bekommen haben. Die sind ihrer Hochschule dankbar gewesen und dann zum Beispiel auch bereit, zu spenden und etwas zurückzugeben. Ich glaube, das ist ein Ansatz, den wir stärker verfolgen sollten, auch diese Kultur der USA, der amerikanischen Universitäten nach Berlin zu bringen. Wir sind ja im weltweiten Wettbewerb und schauen in alle Richtungen.

Dann war noch die Frage: Wie können wir die Universitäten und die Unternehmer besser zusammenbringen, sodass sie noch mehr voneinander wissen? – Das sind einmal die Anlaufstellen. Wir als IHK sehen uns natürlich auch als jemand, der diese Aufgabe hat. Wir haben zum

Beispiel im letzten Jahr ein großes IP-Festival gemacht, das heißt, wir haben gesagt: Was liegt an ungenutzter IP in unseren Universitäten vor? Kommt doch alle vorbei und zeigt das mal her. – Dann haben wir die Unternehmen oder andere Leute, die sich dafür interessieren, dazu gebracht und geschaut, dass man da ein Matching hinbekommt. Das sind Punkte, die weitergeführt werden sollten. Auch da würde ich in Richtung JUNI schauen. Ich glaube, das ist ein spannender Ansatz, den man weiter verfolgen kann.

Dann die Frage von Herrn Dr. Altuğ nach Sachsen-Anhalt und was das jetzt bedeutet. Der erste Punkt ist, dass wir als IHK parteipolitisch neutral sind. Das ist das eine. Klar ist auch, dass wir nicht in einem geschlossenen Closed-Shop-System, sondern international als Wirtschaft vernetzt sind, und so läuft Wirtschaft in Zeiten der Globalisierung auch ab. Das heißt, es ist wichtig, dass man sich nicht abschottet, dass man offen bleibt für die Welt und das auch zeigt. Das kann man nur allen Parteien, da schaue ich keine speziell an – – Alle Parteien sollten offen bleiben für eine regelbasierte internationale Ordnung, keine Mauern hochziehen, keine Leute abschrecken, sondern den Rechtsstaat leben und das freiheitliche wirtschaftliche System hochhalten. Das kann ich dazu nur ganz grundsätzlich sagen, ohne parteipolitische Stilnoten zu vergeben. Da bitte ich um Verständnis. – Dann wäre ich fertig. Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Herzlichen Dank! – Dann ist Frau Möller an der Reihe. – Sie haben das Wort!

Laura Möller (JUNI): Viele Punkte sind schon aufgegriffen worden. Es sind mir aber auch ein paar Bälle zugespielt worden, und ich werde versuchen, das irgendwie zusammenzubringen. Vorab möchte ich noch eine Sache sagen. Wichtig ist, dass wir im Kopf behalten: Forschung findet nicht zum Zweck der Gründung statt und nicht notwendigerweise zum Zweck des Transfers, sondern Forschung findet erst einmal statt, um vorwärtszukommen. Aber dort, wo Transfer möglich ist, sollte er tatsächlich stattfinden, damit wir diesen Wert entfalten, der dann auch gesellschaftlich, glaube ich, einen positiven Effekt haben wird, dass man eben erkennt, dass das positiv ist. Zumal wir sehen, dass IP sonst anderswo verwertet wird und dass Talente, die hier ausgebildet werden, an anderen Orten sehr gute Arbeit leisten können. Da haben wir aus unseren eigenen Hochschulen heraus viele Beispiele, die dann eher Ökosysteme in den USA genutzt haben, um die beste Arbeit leisten zu können und dort vorwärts zu kommen und etwa KI mitzugestalten. Wir haben kürzlich gesehen, wie erste europäische Raketen ins Weltall fliegen. Auch dort gibt es Beispiele, wie TU-Alumni sich bei SpaceX ihre Sporen verdient haben, anstatt dass hier auf die Straße zu setzen oder ins Weltall zu schicken. Insofern müssen wir den Talenten hier den richtigen Rahmen geben, sodass sie dann hier die Wirkung entfalten können. Das ist, glaube ich, auch gesellschaftlich gewünscht und sollte aus der politischen Perspektive gewollt sein.

Sind alle Hindernisse adressiert? – Nein, und ich glaube auch, dass es gar nicht so einfach ist, das zu adressieren. Das ist ein komplexes Thema, weil es im Grunde genommen eine Veränderung des Mindsets voraussetzt. Die Argumentation, dass Transfer die dritte Säule sein sollte: Ich glaube, es ist gar nicht so wichtig, dass es eine dritte Säule ist, viel wichtiger ist, dass es in die Gesamtstrukturen hinein diffundiert. Das geht zurück auf den Punkt, den ich vorhin schon erwähnt habe, mit dem unternehmerischen Denken und der Selbstwirkung, die daraus entstehen kann, dass diese an allen relevanten Stellen der Ausbildung und der Forschung gelebt wird und nicht so ein Zusatz ist – man muss da mal noch einen Schein machen –, sondern dass das tatsächlich ein zentraler Bestandteil dessen wird, was die Karrierepfade dann in Zukunft ausmacht. Mag es Academia sein, mag es die Industrie sein. Da findet natürlich auch Transfer statt, aber Ausgründung sollte in dem Kontext ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

Ich glaube zudem, dass es auch unter der Finanzierungsfrage wichtig ist, dass wir beim Transfer nicht zu kurzfristig darauf schauen: Wie kann sich das für die Hochschulen lohnen? Insbesondere, wenn wir über Ausgründung diskutieren: Die Feedbackzyklen, die wir da sehen, sind sehr lang. Das dauert in Teilen sieben, zehn, manchmal auch zwölf Jahre, im Biotechnologiemfeld sicherlich eher am oberen Ende dieser Spanne, da auch unterschiedliche regulatorische Prozesse wichtig sind, um überhaupt dahin zu kommen. Insofern sollte es politisch wichtig sein, dass man nicht die Hochschulen in einen Reflex drängt, dass man versucht, beim Transfer möglichst viel kurzfristig an Umsätzen für die Hochschuleinrichtungen zu erwirken, sondern dass man einen langfristigen Ansatz wählt.

Wir sehen, dass in den erfolgreichen Ökosystemen international genau das passiert. Das ist im Kern – verzeihen Sie, ich komme eher aus der Finanzwelt – das Aufbauen eines Portfolios. Das soll heißen, dass man möglichst viele Dinge am Anfang versucht auf die Straße zu bringen, um dann sehen zu können, was in der Zukunft die Ergebnisse produziert, die eine positive Rückkopplung haben. Das kann unter einem IP-for-free-Modell sein, dass die einzelnen Personen, die das vorangetrieben haben, sich dann der Alma Mater entsprechend verbunden fühlen. Das kann sich aber auch ganz konkret über Beteiligungsprozesse, die dann zwischen

Hochschule und Ausgründung stattfinden, oder Lizenzverträge, die zum Beispiel mit der bestehenden Industrie stattfinden, monetär auswirken.

Diese Ruhe hineinzubringen, dass man nicht heute kurzfristig schaut, was an Rückflüssen innerhalb kürzester Zeit zu erwarten ist, um dann möglicherweise unattraktive Konditionen für Transfer zur Verfügung zu stellen, ist aus unserer Perspektive ganz wichtig und muss politisch von oben mitbegleitet werden und gewollt sein – auch mit den Herausforderungen, die sich daraus möglicherweise in Finanzierungslücken ergeben. Es wird sicherlich bei der weiteren Diskussion der Papiere auch aufkommen, dass die Transferstellen tendenziell eher unterfinanziert sind und ihnen damit an der einen oder anderen Stelle die Hände gebunden sind.

Anreize habe ich schon erwähnt. Das ist ein langfristiges Thema. Die Mindsetfrage habe ich erwähnt, und ich wollte eigentlich zum nächsten Punkt gehen: die One-Stop-Agency. Es ist relevant, dass man an einem Ort möglichst viele Informationen findet. Es ist aber auch total wichtig zu verstehen, dass das digital stattfinden muss. Es kann kein Büro sein, das irgendwo aufgemacht wird, wo dann entsprechend viele Beraterinnen und Berater sitzen, um das voranzutreiben. Das muss Hilfe zur Selbsthilfe sein, und in Zeiten von KI haben wir uns selbst schon die Arbeit gemacht, einen Radar zu entwickeln, der im Gesundheitsbereich IP und auch veröffentlichte Paper zusammenfasst und gegencheckt, was davon eigentlich kommerzialisierbar ist, und haben das in dem Schwerpunktbereich Cardiometabolic Health gemacht. Das ist sehr interessant, aber erst einmal nur ein relativ rudimentärer Ansatz, der ausgebaut werden kann. Das würden wir gerne als JUNI weiter vorantreiben.

Gleichzeitig ist es wichtig, dass man nicht zu viel zentralisiert und dann den Bezug zu den eigentlichen Personen vor Ort verliert. Diese Balance zu halten, ist eine Herausforderung, mit der wir uns sehr regelmäßig als JUNI auseinandersetzen, weil wir bei den einzelnen Hochschulpartnern, die wir dabei haben, natürlich auch davon profitieren, dass sie vor Ort sind, dass sie die handelnden Personen kennen und im Zweifelsfall auch bestimmte Befindlichkeiten verstehen. Dann gibt es andere Bereiche, in denen eine gewisse Zentralität sehr zielführend ist. Im gegenseitigen Einvernehmen die bestehenden Systeme weiterzuentwickeln und vorantreiben zu können, ist keine triviale Aufgabe. Insofern muss das mit Fingerspitzengefühl stattfinden und durch die richtigen Finanzierungen und Anreize für beide Seiten flankiert werden, also sowohl die zentralisierte Stelle als auch die einzelnen.

Zum Berliner IP-Modell: Wir haben nicht den Ansatz gewählt, dass wir voraussetzend schon klären, wer was bekommt, sondern der IP-Audit findet in dem Moment statt, in dem wir wissen, dass eine Ausgründung tatsächlich zielführend ist. Das ist der erste Schritt von drei Schritten. Der Audit ist erst einmal für das Faktische zuständig, also festzustellen: Welche IP ist überhaupt relevant für die Ausgründung und welche ist außerhalb der Relevanz? Das liegt daran, dass man sich dort häufig auch verzettelt, um zum Beispiel Teile aus Patentfamilien herauszuziehen, die relevant sind. Es gibt aber auch die Fragestellungen rundherum: Was ist mit Know-how? Wie ist das zu bewerten? Wie sind Datenbasen zu bewerten und so weiter und so fort?

Das ist eine interessante Fragestellung initial, macht aber erst einmal noch gar nichts mit dem weiteren Prozess. Das kommt dann danach. In einem Scoring wird dann bewertet: Wie relevant ist diese IP eigentlich? Da haben wir drei Korridore aufgestellt. Es gibt einen, wo IP im Grunde genommen nett ist, aber nicht den zentralen wirtschaftlichen Unterschied machen

wird. Es gibt einen Korridor am anderen Ende, wo die IP ganz zentral für die Ausgründung ist, also ohne dieses Patent beispielsweise kann die Ausgründung gar nicht stattfinden. Und es gibt ein paar Zwischenfälle, die dann in dem zweiten Korridor landen.

Hier ist wichtig: Wie haben wir die Werte gesetzt? Diese Verhandlungen sind eigentlich der Hauptgrund, warum die Prozesse so lange dauern; das ist eine Frage gewesen, die von der SPD kam. Durchschnittlich dauert es aktuell 18,4 Monate, den Transferprozess zu begleiten. In der Welt eines Start-ups sind das Äonen. Das ist so lange, dass häufig an anderen Stellen der Bär schon verteilt worden ist, um darauf noch einmal zurückzukommen. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir das zügiger vorantreiben. Unser Ziel ist drei Monate.

Wie kommen wir zu den drei Monaten? – Indem wir einen klaren Prozess haben: Worüber sprechen wir eigentlich? Im zweiten Schritt: Wie bewerten wir das mit Indikatoren, die auf einer DIN-zertifizierten Herangehensweise mit der Scorecard beruhen, die wir aber weiterentwickelt haben? Im dritten Schritt: Welchen Transferkanal wählen wir eigentlich? Dieser Transferkanal richtet sich am Ende danach, was die einzelne Institution leisten kann. Sind es echte Anteile? Muss ich als Hochschule dann auch bei Gesellschafterversammlungen sagen: Ja, ich entlasse die Geschäftsführung, und wir tragen Verlustvorträge vor und so weiter und so fort? Das ist häufig nichts, was im üblichen Aufgabenbereich einer Rechtsabteilung einer Hochschule zu bewerten ist, das heißt, dafür muss man schon entsprechende Kompetenzen aufgebaut haben.

Es gibt aber auch den Pfad, virtuelle Anteile zu vergeben. Da muss der Landesrechnungshof noch klarstellen – als ein Beispiel von vielen, die noch zu bearbeiten sind: Sind virtuelle Anteile in Ordnung, oder ist es eine Schuldverschreibung und man hat eigentlich etwas ohne Wertgegenstand weggegeben? Da gibt es Erklärungsbedarf, der sicherlich zügig herbeigeführt werden kann, wenn man sich mit dem Thema befasst. Dann gibt es den Pfad der Lizenzen. Das ist häufig für umsatzgetriebene Unternehmen, die sich eher in KMU-Richtung entwickeln wollen, relevant. Es gibt aber auch üblicherweise Mischformen, zum Beispiel im Biotechnologiemfeld, dass man eine Mischform wählt, um früher Umsätze für die Hochschule generieren zu können, wohingegen es relativ lange dauert, bis die Anteile einen entsprechenden Wert entfaltet haben.

Dieser Prozess wird von uns begleitet, zum einen mit Standardverträgen, zum anderen mit einem Rechtsgutachten, um den Hochschulen die Sicherheit zu geben, dass, wenn sie diesen Pfad wählen, das über das Berliner Modell zu machen, sie sich entsprechend rechtssicher führen. Es gibt einige Rechtsnormen, die in Teilen widersprüchlich und auf unterschiedliche Zielrichtungen ausgesetzt sind. Das zu klären, ist eine unserer wichtigen Aufgaben, die wir jetzt auch annehmen und entsprechend mit Mitteln hinterlegen.

IP for free ist schon gefallen. Das liegt bei uns mit im Rahmen. Da ist heute schon viel möglich. Unter De-minimis ist in kleinerem Umfang die Übertragung an Ausgründungen denkbar. Der wesentlich relevantere Rahmen ist die AGVO, weil man dort bis zu einem Wert von 1 Million Euro IP an Unternehmen übertragen kann und gleichzeitig noch den Rahmen für De-minimis lässt, was dann wiederum in anderen Ausgründungsförderungen relevant ist, die auch in Berlin vergeben werden. Insofern sollten wir da das bessere Verständnis herstellen, und das ist ein Ziel, das wir damit verfolgen.

Unter www.berlinmodel.eu findet man auch noch mehr Informationen zu dem Modell. Da sind die unterschiedlichen Korridore dieses Prozesses aufgelistet. Wir werden in Kürze auch den Forschungsbericht, den wir dazu angestellt haben – also: Wo kommt die Evidenz her, wie hoch die Anteile oder die Lizenzen eigentlich sein sollten? – veröffentlichen. Ich denke, dass das ganz spannend zu lesen ist.

Geht es über ökonomische Fragen hinaus? – Meine klare Antwort wäre Ja, insbesondere im gesellschaftlichen Bereich. Wenn wir uns anschauen, welche Schwerpunkte gesetzt werden und in Berlin richtigerweise gesetzt werden, wenn wir uns den Gesundheitsbereich anschauen, ist das relevant, aber genauso im Grüne-Technologien-Bereich. Insofern sollte man sich auch mit dem Thema Reallabore auseinandersetzen, um dort hinzuspringen. An dem Punkt würde ich gerne hervorheben, dass das gar nicht notwendigerweise ein Raum ist, um es erlebbar zu machen, sondern das ist ein Raum, in dem einige Innovationshemmnisse, beispielsweise bürokratischer Natur, nicht in Gänze greifen und einen Missstand aushebeln, den viele junge Unternehmen, viele kleine Unternehmen erleben, dass nämlich Regulatorik häufig geschaffen wird, um große Unternehmen zu schützen, die wiederum die Kraft haben, zuvor auf die Regulatorik einzuwirken.

Diesen Raum für Start-ups, für innovationsgetriebene kleinere Unternehmen zu ermöglichen, ist ganz wichtig. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass man so weit geht, dass man nicht nur ein Reallabor hat, sondern dass man bis hin zu einer Sonderwirtschaftszone kommt, um dort noch einmal ganz anders agieren zu können. Es gibt sicherlich wichtige Punkte, die dort auch erfüllt werden müssen, aber andere sollten oder könnten dort freier vorangetrieben werden.

Zu der Frage: Ist in den Papieren genug drin? – Ich glaube, ja, da ist genug drin. Das kann man sicherlich alles noch besser, noch mehr machen, aber Papier bleibt geduldig. Zentral ist, dass wir das umsetzen. Alles andere spielt am Ende gar keine Rolle. Wir erleben das jetzt auch mit dem Berliner Modell, das wir da sehr viel positiven Zuspruch bekommen, nicht nur aus unserer Region, sondern auch national aus anderen Bundesländern, aber auch international, dass da schon sehr viel Interesse auf uns zukam. – Ich könnte noch viel mehr erzählen, ich höre jetzt aber auf und gebe weiter.

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Dann ist Herr Wichmann an der Reihe.

Victor Wichmann (Technologiestiftung Berlin): Lieben Dank! – Es wurde schon viel genannt, deswegen habe ich das Privileg, nicht auf alle Fragen antworten zu müssen. Ich werde mir ein paar Sachen herauspicken und explizit darauf, wo ich direkt angesprochen wurde, eingehen.

Das Thema Hindernisse war das Erste, was ich mir aufgeschrieben habe: Natürlich liegen jetzt die Hindernisse hauptsächlich in der Umsetzung der Strategiepapiere. Dabei müssen wir zum einen in erster Linie finanzielle Mittel betrachten, das ist immer ein Problem, und zum anderen haben wir die Bürokratie als ein Hauptproblem, das Unternehmen immer wieder nennen. Das heißt, wir haben generell in der Innovation so ein bisschen eine widersprüchliche Logik. Wir haben auf der einen Seite die staatlichen Institutionen, die sehr langsame Prozesse, Entscheidungs- und Umsetzungslogiken haben, und auf der anderen Seite haben wir Unternehmen, die schnelle Entscheidungen treffen wollen. Das ist immer eine große Herausforderung und wird auch als Herausforderung bestehen bleiben.

Da will ich noch kurz auf einen weiteren Punkt eingehen, und das ist die Attraktivität der Stadt als solche. Wir haben Themen wie Wohnen, öffentlicher Nahverkehr, Schulen, Bildungssysteme, und das sind ganz wichtige Punkte, sodass die Leute und eben die Fachkräfte, Talente, Studierenden gerne nach Berlin kommen. Das ist das Asset, das Berlin zu bieten hat. Ich glaube, es ist ganz wichtig, auch darauf weiterhin einen Fokus zu behalten.

Thema Infrastruktur: Dazu will ich noch eine Sache anmerken. Wir reden von Reallaboren oder gewissen Buzzwords. Aber Infrastrukturbedarfe variieren natürlich zwischen den verschiedenen Technologiefeldern. Wir haben hier ganz verschiedene Branchen. Wir haben total etablierte Technologiebranchen, wie die Photonik, in Berlin, die ein sehr stabiles Netzwerk haben. Die haben aber eben auch ganz andere Bedarfe als junge Technologiebranchen, wie zum Beispiel der KI-Bereich. Da wird unser Reifegradmodell auch eine wichtige Rolle spielen, das heißt, wir werden im Rahmen dieses Reifegradmodells genau abfragen: Was sind die spezifischen Bedarfe des KI-Bereiches? Wo sind im Photonik-Quanten-Bereich die Bedarfe? Wie sieht es bei anderen aus? Ich glaube, diese Abstufung ist ein sehr wichtiges Instrument.

Zur One-Stop-Agency kann ich nichts Schlaues sagen, als Frau Möller es getan hat. Schnelle Lösungen müssen her, das heißt, den bürokratischen Aufwand minimal zu halten, muss ganz wichtig sein. Ob die One-Stop-Agency, in welcher Ausführung auch immer, dafür geeignet ist, kann ich ehrlicherweise nicht ganz seriös beantworten.

Ein weiterer Punkt, auf den ich kurz eingehen will – ich glaube, er kam von den Grünen –, sind die nicht ökonomischen Indikatoren. Dieses Papier, diese Strategie ist in erster Linie wachstumsgetrieben. Gesellschaftlich haben wir auch Indikatoren, wie entstehende Arbeitsplätze oder so etwas, die da eine sehr wichtige Rolle spielen, aber in erster Linie dient dieses Strategiepapier der Generierung öffentlicher Gelder aus der EU und aus dem Bund. Diese Gelder können dann wiederum dazu genutzt werden, um einen gesellschaftlichen Mehrwert zu schaffen. Deswegen ist es auch so, dass ethische Aspekte, zum derzeitigen Zeitpunkt zumindest, nicht in den Strategiepapieren erwähnt wurden.

Das Thema Sichtbarkeit habe ich mir noch aufgeschrieben. Sichtbarkeit bedeutet, vor Ort zu sein, und genau das tut Frau Giffey zum Beispiel. Wenn ich das einschätzen darf, würde ich sagen, das macht sie sehr gut, das heißt auch: Social-Media-Präsenz, politische Partizipation mit verschiedenen Backgrounds. – Wir plädieren da aber auch für ein strategisches Standortmarketing, das heißt, hier ebenfalls wieder Unterschiede zwischen den einzelnen Technologiefeldern zu berücksichtigen. Das ist wichtig. Wie das dann konkret aussieht, dazu wäre sicherlich ein Blick in andere Regionen hilfreich. Da kann man sich ganz gut an funktionierenden Best Practices orientieren. Ich will als Beispiel Silicon Saxony nennen, die in der Mikroelektronik in Dresden schon einiges aufgebaut haben.

Zum Thema Fokussierung: Fokussierung ist unserer Einschätzung nach auf jeden Fall grundsätzlich sinnvoll. Wir haben endliche Ressourcen. Diese Technologien bedürfen immenser Summen an Investitionen, und eine Fokussierung auf einzelne Stärkefelder ist daher im Grunde genommen alternativlos und angesichts des globalen Wettbewerbs auch absolut sinnvoll. Ich will dazu sagen: Diese Schwerpunkte, die jetzt gewählt werden, ändern sich nicht alle zwei Jahre. Natürlich ist da immer viel Bewegung drin, aber man konnte auch schon vor ein paar Jahren sagen, dass KI ein großes Ding wird. Das ist jetzt nicht in den letzten zwei

Jahren passiert. Um dazu noch einmal den Charakter des Dokuments zu erwähnen: Das Dokument als solches ist als lernendes Papier und nicht als fertiges Dokument verabschiedet worden, und dabei werden wir auch eine Rolle spielen. Wir werden ein begleitendes Monitoring machen und schauen: Wo stehen wir nach ein paar Jahren? Macht das Sinn? – Das wird natürlich fortlaufend evaluiert.

Als letzten Punkt habe ich mir aufgeschrieben: Wo stehen wir in drei Jahren, sofern wir erfolgreich sind? – Im nächsten Schritt müssen erst einmal die einzelnen Technologiefelder diese spezifischen Roadmaps entwickeln, und zu dieser Entwicklung gehört auch eine klare Erfolgsmessung und Milestones festzulegen. Was diese Indikatoren dann sind, kann ich an der Stelle noch nicht konkret sagen. Ich will aber einmal ein paar gängige Indikatoren nennen: Was wir immer machen, ist, uns das Publikationsgeschehen anzuschauen. Publikationen als solche sind erst einmal ein rein quantitativer Aspekt, aber auch die Zitation: Wie oft wurde eine Publikation zitiert? Wie wichtig sind im Prinzip unsere Forschungsergebnisse in Berlin? Wir sehen uns klassischerweise Patentanmeldungen an, die in Berlin entstehen. Wir können uns Ausgründungen anschauen. Wir können uns unternehmerische Ansiedlungen, entstehende Arbeitsplätze oder auch Fördermittel anschauen. Ich glaube, da haben wir eine ziemliche Bandbreite an Indikatoren, anhand derer wir in drei Jahren sagen können: Hier stehen wir gut da oder eben nicht gut da. Es wird ein wichtiger Teil sein, sich genau damit zu beschäftigen. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann ist der Senat an der Reihe.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP): Vielen herzlichen Dank! – Eine kurze Vorbemerkung: Erstens heißt Forschungspolitische Strategie nicht, dass nicht in Berlin nach wie vor eine große Bandbreite an Forschungsaktivitäten, Spitzenforschung und Exzellenz existiert. Wir haben die Förderprogramme, nicht nur die europäischen, sondern auch beispielsweise die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Spitzenforschung fördern, ohne auf Missionen einzugrenzen, und das wird auch in Berlin weiter stattfinden. Uns geht es darum, dass wir dort, wo wir staatlich mit begrenzten Ressourcen handeln – und zwar sowohl personellen als auch finanziellen Ressourcen –, fokussiert und strategisch vorgehen. Das gilt für das Handeln des Senats, aber auch der in Berlin ansässigen Institutionen, die sich mit der Forschungspolitischen Strategie, aber auch mit der Deep Tech Agenda so etwas wie einen Rahmen geben, um gemeinsam strategischer handeln zu können. Nichtsdestotrotz ist die ganze Breite der Spitzenforschung und der Exzellenz das, woraus künftige Entwicklungen nur entstehen können, wenn – und das wurde auch schon gesagt – zunächst frei geforscht wird, aus der intrinsischen Motivation heraus, die Welt und alle Prozesse, die in ihr stattfinden, besser zu verstehen und daraus dann entsprechende Erkenntnisse, aber unter Umständen auch Lösungsstrategien, Produkte und so weiter abzuleiten. Das allgemein.

Wichtig ist etwas, das in Zeiten sehr volatilen Weltgeschehens umso schwerer herzustellen ist, nämlich eine gewisse Verlässlichkeit von politischem und staatlichem Handeln. Das ist schwer genug, und gerade Unternehmen wissen, was es heißt, unter Unsicherheit zu entscheiden und sich in sehr volatilen Weltgeschehen trotzdem am Markt irgendwo zu positionieren. An dieser Stelle muss ich in dieser letzten Sitzung einfach sagen: So etwas wie das ZIM, das Förderprojekt, das sich an KMU und Forschung richtet, von einem auf den anderen Tag einzustellen, ist etwas, was dieser Anforderung sehr schlecht entspricht. Gerade kleine und mittlere Unternehmen setzen unter den Rahmenbedingungen, die angeführt wurden, nicht nur

Geld, sondern eine Menge Arbeitskraft in das Erarbeiten solcher Projekte, gerade auch mit unserer Spitzenforschung in Berlin, mit unseren Forschungsinstitutionen. Sie haben langfristige Kosten, haben sich verpflichtet, in diese Netzwerke Beiträge einzuzahlen, und dann heißt es: Förderung fällt aus. – Das ist problematisch, wenn ich gerade KMU dafür gewinnen möchte, sich auf solche Wege zu begeben, Forschungsprojekte mit Wissenschaft und Forschung anzugehen und sich zu verpflichten, viel Geld und Ressourcen einzusetzen. Das finde ich sehr bedauerlich und kann nur hoffen, dass dieses Projekt wieder vernünftig ausgestattet wird, denn gerade für einen Raum wie Berlin mit seiner vielfältigen Unternehmenslandschaft liegen darin enorme Chancen.

Nun noch zu der Frage, die an uns gerichtet wurde: Die Berlin Transfer Bridge ist genau das, was die vielen Stränge, die hier vorgestellt wurden, zusammenführen soll. Die Idee ist, hier gemeinsam strategisch einen Hebel zu haben, der Wissens- und Technologietransfer beschleunigen und vereinfachen soll. Da gibt es eine Menge Arbeitspakete, und da gibt es auch viele Akteure. Die wichtigsten sitzen hier, das ist sehr erfreulich. Es wird im Augenblick intensiv an einem EFRE-Förderinstrument gearbeitet, das die Förderlogik noch einmal inhaltlich auf diese Strategien ausrichten soll.

Ansonsten kann man versuchen, strukturell diesem Ansinnen entgegenzukommen, dass Unternehmen die richtigen Forschungspartner finden können, Stichwort One-Stop-Agencies; wobei wir im Prinzip solche Anlauforte auch haben. Am allerwichtigsten ist aber, diese Begegnungsorte, die Begegnungsmöglichkeiten, die Kommunikation, die Marktplätze zu schaffen, wo Unternehmen und Forschung einander kennenlernen können und in diesem Kontakt dann ihre gemeinsamen Ideen entwickeln, wenn sie feststellen, dass sie sich mit ähnlichen Herausforderungen, ähnlichen Anforderungen an das wirtschaftliche Handeln, genauso wie an Wissenschaft und Forschung, Entwicklung, Ausgründung und so weiter beschäftigen, um dann solche gemeinsamen Projekte zu entwickeln.

Da haben wir mit JUNI – mit der IHK sowieso als diejenige, die für die Berliner Wirtschaft in der Verantwortung steht, das zu organisieren – die Plattform, die uns hilft, das enger zusammenzuführen und strategisch anzugehen, und mit der Technologiestiftung die Institution, die das begleitet. Wir haben den IP-Transfer. Wir entwickeln die EFRE-Förderinstrumente, immer ausgerichtet auf Hightech Agenda und Deep Tech Agenda des Landes, und hoffen, dass wir dann in drei Jahren sagen können: Wir sind da viele Schritte weitergekommen. – Ich denke, in den letzten drei Jahren sind wir es, mit JUNI, mit dem IP-Modell, mit vielen Strukturen, mit viel Kommunikation, die dort aufgebaut worden ist. Dafür danke ich noch einmal allen Beteiligten, die mit ganz großer Energie gerade auch JUNI zum Erfolg geführt haben, unseren Leuchtturm.

Da sind die Grundlagen jetzt noch viel besser gelegt, sodass ich hoffe, dass wir tatsächlich in drei Jahren sagen können: Das und das und das ist vorwärtsgegangen. Da sind Ausgründungen erfolgt, da haben wir Arbeitsplätze geschaffen oder sind auf dem Weg. Wie schon gesagt wurde, hat zum Beispiel BioTech immer sehr langfristige Perspektiven. Dass wir aber vor allem sagen können: Wir sind in all diesen Prozessen viel schneller und effizienter geworden, und wir haben, auch was die Kommunikation, die Begegnungsmöglichkeiten und das Freisetzen von Kreativität angeht, ganz viel geschafft. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen herzlichen Dank! – Dann steht niemand mehr auf der Redeliste, und wir sind für heute am Schluss der Anhörung. – Ich möchte Ihnen ganz herzlich im Namen des gesamten Ausschusses für Ihre Expertise danken und dafür, dass Sie unsere ganzen Fragen beantwortet haben. Vielen herzlichen Dank!

Dann könnten wir die Besprechung heute abschließen. Vertagen wäre in unserer letzten Sitzung ohnehin nicht mehr ganz so sinnvoll. – Dann machen wir das so.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|---|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Wissenschaftspolitik 2023 bis 2026: verlässliche
Perspektiven trotz notwendiger
Haushaltskonsolidierung für den
Wissenschaftsstandort Berlin
(auf Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der
SPD) | <u>0209</u>
WissForsch |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Herausforderungen der Berliner
Wissenschaftspolitik in der nächsten
Legislaturperiode
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) | <u>0213</u>
WissForsch |

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.